

Landeselternausschuss Berlin

bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie



Landeselternausschuss Berlin
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie • Bernhard-Weiß-Str. 6 • 10178 Berlin

An die
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Senatsverwaltung für Finanzen
Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus
Mitglieder des Hauptausschusses im
Abgeordnetenhaus
Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und
Familie im Abgeordnetenhaus

Vorsitzender
Norman Heise

Geschäftszeichen (bitte angeben)
II C 1.10
Andrea Schreiber

Tel. +49 30 90227-5684
Zentrale +49 30 90227-5050

E-Mail lea@senbjf.berlin.de
Internet www.leaberlin.de

Datum 05.04.2025

Beschluss vom 4. April 2025

Der Landeselternausschuss hat in seiner Sitzung am 4. April 2025 folgenden Beschluss gefasst:

Einsparungen im Bildungsbereich

Der Landeselternausschuss beobachtet mit großer Sorge die zahlreichen Einsparungen des aktuellen Doppelhaushaltes 2024/25 sowie im Rahmen der Haushaltsdurchführung im schulischen und außerschulischen Bereich. Weitere Einschnitte sind für den kommenden Doppelhaushalt 2026/27 bereits angekündigt.

Demgegenüber sieht der Landeselternausschuss im Grundsatz die Notwendigkeit, mehr Geld in Bildung zu investieren – nicht weniger.

Dass es einer soliden Haushaltsplanung mit gesamtstädtischer Betrachtung bedarf, ist dem LEA bewusst. Angesichts der auch vom Senat verkündeten Prioritätensetzung auf die Qualität der Bildung sehen wir jedoch Diskussionsbedarf (vgl. Pressekonferenz des Senates am 19.11.2024, <https://www.berlin.de/aktuelles/9300447-958090-kraftanstrengung-sparprogramm-fuer-lande.html>).

Der LEA sieht folgende Bereiche als unkürzbar an:

Schulbau

Es darf keine Schule weniger gebaut werden, als derzeit in Planung ist. Die Verschiebung geplanter Schulsanierungen und/oder -erweiterungen aus finanziellen Gründen sind zu unterlassen. Für Schulgemeinschaften in Bestandsgebäuden ist die Unterstützung bei der partizipativen Entwicklung von Schulräumen sehr wichtig. Die Verfügbarkeit von genügend Schulplätzen in angemessener Raumqualität ist eine Grundvoraussetzung für Qualität der Bildung und insofern eine elementare Investition in die Zukunft.

Schuldigitalisierung

Die Beendigung der Landeslizenz für bettermarks und die Verlagerung der Kosten in die Budgets der Schulen hat einen direkten Einfluss auf die Qualität der Bildung, vor allem wenn das Angebot aus Kostengründen gänzlich entfallen muss oder auf den Geldbeutel der Eltern umgelegt wird.

Bei der Einführung von Tablets für die 7. Klassen und aufbauend für weitere Jahrgangsstufen setzt die Senatsverwaltung angesichts der Kürzungen im Landeshaushalt jetzt auf den Digitalpaket 2.0. Allein durch den zeitlichen Ablauf verlieren wir so aber mindestens einen weiteren Jahrgang, der nicht von den pädagogischen Möglichkeiten profitieren kann – oder wir werden auch hier sehen, dass Elternhäuser durch anteilige Kostenübernahme zusätzlich belastet werden.

Vereinzelt müssen Schulen jetzt Lizenzen für Schulserver im fünfstelligen Bereich aus dem Schulbudget tragen. Auch das geht zu Lasten der Qualität der Bildung, wenn dann trotz Flexibilisierung des Schulbudgets oder Rücklagen andere Bildungsangebote, Projekte oder individuelle Unterstützungssysteme zurückgefahren werden müssen.

Gebühren- und Kostenfreiheit zur Entlastung aller Eltern

Die Beibehaltung des elternkostenbeteiligungsfreien Schulmittagessens, der Schülerbeförderung im ÖPNV, der Lehr- und Lernmittelfreiheit von Klasse 1 bis 6 und der ergänzenden Förderung und Betreuung ohne Bedarfsprüfung sind wichtige Errungenschaften hin zu guter Bildung – unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der Elternhäuser – und für den LEA nicht verhandelbar.

Außerschulische Bildungspartnerschaften, -orte und -angebote

Bildung findet nicht nur am Ort Schule statt. Außerschulische Bildungspartnerschaften, -orte und -angebote leisten einen wesentlichen Beitrag zur Vermittlung zentraler Lerninhalte, bringen spezifische Expertise ein und schaffen Entlastung durch Unterstützung. Dies betrifft kulturelle Bildung, Umweltbildung, diskriminierungskritische und queere Bildung, politische Bildung, Medienbildung und viele weitere Themen – darin alle Bereiche der fachübergreifenden Kompetenzentwicklung des Rahmenlehrplans.

Beispielhaft bieten Träger der politischen Bildung und der Medienkompetenzzentren mit ihren Expert*innen ein spezifisches Know-How an, das sich Lehrkräfte auch in vielen Fortbildungen kaum aneignen können. Dass in diesen Bereichen gespart wird, ist nicht nur unverantwortlich, sondern für die Zukunft und die Erreichung der Ziele des Schulgesetzes sogar fahrlässig.

Schulsozialarbeit

Die zentrale Aufgabe der Schulsozialarbeit besteht darin, Sorge für einen gut gelingenden Schulalltag zu tragen – insbesondere angesichts von vielfach sehr beengten Raumverhältnissen zahlreicher Berliner Schulgebäude. Sowohl für den guten Umgang miteinander als auch für viele Aspekte sozialen Lernens, der Unterstützung des Miteinanders unterschiedlicher kultureller Herkünfte sowie das gute Ankommen geflüchteter Kinder ist Schulsozialarbeit im bestehenden Umfang unverzichtbar und muss daher unbedingt beibehalten werden.

Psychosoziale Unterstützung und Kinderschutz

Die schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) leisten in der Stadt eine hervorragende Arbeit. Trotzdem können Sie auch nur einen Teil der Probleme und Herausforderungen der Schüler*innen und Familien aufnehmen. Daher braucht aus Sicht des LEAs auch weiterhin schnell und direkt erreichbare Angebote wie z. B. die „Nummer gegen Kummer“. Diese Angebote sind elementarer Bestandteil präventiven Kinderschutzes.

Demokratiebildung und Fortbildung der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals

Einsparungen in der Demokratiebildung sowie in der Fortbildung zu den Themen Demokratiebildung, Medienkompetenz und Antidiskriminierung sind nicht hinnehmbar. Diese Bereiche sind essenziell, um Schülerinnen und Schüler zu mündigen, kritischen und diskriminierungssensiblen Teilnehmenden der Gesellschaft zu entwickeln. Gerade angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung und Desinformation müssen Schulen als Orte der Wertevermittlung und Meinungsbildung gestärkt werden.